

Bürger der Alt-BRD anzuwenden und sie jenen Bürgern der früheren DDR gleichzustellen, die als vormalige Mitarbeiter westlicher Dienste in den Genuß der nun "veränderten Zusammensetzung" des Staates kommen. Das mag zwar nicht eingeübter Rechtslehre entsprechen. Aber die Ungewöhnlichkeit des historischen Vorgangs dürfte eine solche Konsequenz um so mehr rechtfertigen, als jeder heutige Urteilspruch "im Namen des Volkes" jetzt jenen Teil einschließt, der immerhin auf der Grundlage zwei- und mehrseitiger völkerrechtlicher Akte hinzugekommen ist.

Die Fairneß sollte gerade deshalb daran denken lassen, wie vordem jede Seite das Wirken der Dienste der jeweils anderen Seite zwar bekämpft hatte, dann aber ein gefaßter Agent eher früher als später mit Austausch und sozialer Re-Integration sicher rechnen durfte. Dieser in der Konfrontation beschrittene Weg ist entfallen. Geböte das Ende der Konfrontation nicht eine Geste, die an frühere humanitäre Gegenseitigkeit erinnert? Auch wäre zu fragen, welcher Effekt mit Haftstrafen für Bürger der Alt-BRD erreicht werden soll, nachdem das gesamte Bedingungssystem gegenstandslos geworden ist, welches (in der Hauptsache) ihrem vergangenen faktischen Handeln erst Bedeutung gegeben hatte? Gilt bei derartigen (vor allem bei ideell-politisch motivierten) Taten keine Resozialisierungsabsicht und nur Rache (des Siegers)?

Wie auch immer gerechte, nicht von Rache und vom "Nachkarten" bestimmte Antworten zu den erörterten Fragen gefunden werden, bleibt noch eines aus dem Kapitel "Geheimdienstliches - zwischen DDR und BRD": Vermutlich wäre naiv anzunehmen, künftig würden die Staaten auf solche Instrumente ihrer äußeren Politik verzichten. Aber das Schicksal der DDR, die über Dienste verfügte, deren Effizienz anderen Lebensbereichen der DDR gut angestanden hätte, sollte doch sehr kritisch über Sinn und Unsinn von Geheimdiensten überhaupt und über die mit ihnen verbundenen menschlichen Schicksale nachdenken lassen.

Die von Hellenbroich genannte Methodengleichheit vermittelt eine ehrliche realistische Sicht gegen pharisäerhafte Entrüstungen. Doch wer sich einer (auch selbst-) kritischen Aufarbeitung verpflichtet fühlt, sollte seinen Maßstab für die politische und moralische Bewertung von Zweck-Mittel-Relationen nicht aus dem Satz ziehen: "So machen's alle", sondern aus der Besinnung auf die Grenzen, die menschliche Beziehungen und Würde setzen, auch für das eigene Handeln in politischen Kämpfen.

- 1) Nähere Angaben zur juristischen Problematik und zur Person in: "Spionage & Justiz nach dem Anschluß der DDR", Berlin 1992